

Beilage 1072

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, bei der Militärregierung wegen Aufhebung des Bier-
sudverbotes vorstellig zu werden.

Das von der Militärregierung ausgesprochene
Sudverbot bringt in den nächsten Wochen das
gesamte rund 2000 Betriebe umfassende Brau-
gewerbe zum Erliegen. Die bayerischen Braue-
reien sind aber mit ihren Biererzeugnissen
heute die nahezu ausschließlichen Träger unserer
Getränkerversorgung, da wir im Gegensatz zu
den übrigen Ländern der Bizone mangels der
notigen Roh- und Grundstoffe nicht auf andere
Ersatzgetränke ausweichen können.

München, den 5. Februar 1948.

~~Biechl,~~

~~Allwein, Berger Rupert, Braun, Huber Sebastian,
Kurz, Dr. Lehmer, Dr. Probst, Scharf, Schwingenstein,
Stücklen, Dr. Wittmann, Wühlinger, Zillibiller
(sämtliche CSU).~~

Beilage 1073

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, bezüg-
lich des Kreises Friedberg wieder den Zustand
von 1944 herzustellen und den Landkreis wieder
nach Oberbayern einzugliedern.

Der Kreis Friedberg wurde ohne Anhörung
der Bevölkerung oder der zuständigen Behörden
laut Veröffentlichung im Bayerischen Regie-
rungsanzeiger am 7. Januar 1944 durch Be-
kanntgabe des bayerischen Ministerpräsidenten
vom 31. Dezember 1943 Nr. 1007 A 16 aus
dem Regierungsbezirk Oberbayern ausgegliedert
und dem Regierungsbezirk Schwaben einver-
leibt. Der Kreis Friedberg steht darin ein
schweres Unrecht und eine willkürliche Maß-
nahme der damaligen Machthaber.

München, den 22. November 1947.

~~Michel,~~

~~Bickler, Freundl, Gehring, Kraus, Krempf, Kübler,
Dr. Laforet, Lang Andreas, Dr. Lehmer, Mayer Gabriel,
Biechl, Dr. Probst, Schefbeck, Schmid Karl, Stingl-
wagner, Stücklen (sämtliche CSU).~~

Beilage 1074

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, den
wegen politischer Belastung entlassenen, nicht
wiedereingestellten dienstfähigen ehemaligen
unwiderruflichen Beamten, die nicht als Haupt-
schuldbige oder Belastete erklärt sind, bei unver-
schuldeten, insbesondere durch Arbeitslosigkeit
verursachter Notlage bis zur endgültigen Klä-
rung der Rechtsverhältnisse dieses Personen-
kreises auf Antrag widerrufliche Unterhaltsbei-
träge zu gewähren.

München, den 27. Januar 1948.

~~Trettenbach,~~

~~Donsberger, Krempf, Kurz, Maderer, Schäfer, Schmid
Andreas, Schmid Karl, Dr. Wühlhofer, Ziegler
(sämtliche CSU).~~

Beilage 1075

Interpellation.

Ist die Staatsregierung in der Lage und bereit,
Aufklärung zu geben über die Richtigkeit der Presse-
meldung (u.a. Nachricht aus Tölz im „Hochlandboten“
Nr. 3 vom 13. Januar 1948), daß der österreichische
Staat beabsichtige und bereits Vorbereitungen treffe,
den Rißbach und die Dürach kurz vor deren Übertritt
über die Landesgrenze in den Achensee abzuleiten.

Bekanntlich wurde diese Möglichkeit bei Beratung
des Rißbachprojektes ausführlich erörtert und vor Be-
schlußfassung im Ausschuß durch die Staatsregierung
versichert, daß von OMGUS-Berlin auf offizielle An-
frage die Auskunft (allerdings telefonisch!) gegeben
worden sei, daß nach internationalem Wasserrecht und
nach Ansicht und Absicht der amerikanischen Militär-
regierung eine Ableitung eines über die Grenzen eines
Staates übertretenden Wasserlaufes vor diesem Über-
tritt nicht statthaft sei.

München, den 6. Februar 1948.

~~Stinglwagner,~~

~~Allwein, Baumeister, Berger Rupert, Dr. Bühner,
Emmert, Hagn Hans, Hauck, Hirschenauer, Kübler,
Dr. Lehmer, Maderer, Michl, Biechl, Prüsschenk, Schef-
beck, Dr. Winkler, Dr. Zwirnagl (sämtliche CSU).~~